

Adresse: Volkshaus/Stauffacherstr. 60
8004 Zürich
Korrespondenz: Postfach, 8026 Zürich
Telefon: 044 241 97 97
Telefax: 044 241 97 89
E-Mail: info@gbkz.ch
Internet: www.gbkz.ch/
Postkonto: 80-7816-3



Der Kunde als König?

Votum von Julia Gerber Rüegg, Präsidentin des GBKZ, im Kantonsrat (16.1.2012)

„*Der Kunde ist König*“ – diese Initiative ist Teil der grossangelegten Totalderegulierungskampagne der FDP. Zur Kampagne gehören verschiedene Vorstösse im Kanton Zürich sowie die *Parlamentarische Initiative Lüscher*, welche die Tankstellenshops im Visier hat und die *Motion Hutter*, welche eine gänzliche Deregulierung der Ladenöffnungszeiten auf Bundesebene anstrebt. Das Königsargument lautet: „Der Markt regelt alles zum Besten von Wirtschaft und Gesellschaft.“

Die Initianten wollen es dem „freien Markt“ überlassen zu entscheiden, wann die Läden offen sein dürfen. Warum sollte Politik und Gesetze das regeln? Die Antwort liegt auf der Hand: Der Markt orientiert sich nicht am Wohl der Menschen oder der Arbeitnehmenden, ja nicht einmal am Wohl der Unternehmen. Das haben die Krisen der letzten Jahre in aller Deutlichkeit gezeigt. Der Markt kennt ausschliesslich die Macht des Stärkeren – in diesem Falle der Finanzmächtigeren, bis sie straucheln. Kleine gehen im Verdrängungskampf unter, Vielfalt geht verloren, und die Arbeitsbedingungen für die Angestellten verschlechtern sich. Das ist das Gegenteil von Zivilisation, von geplanter und gelenkter Entwicklung zum Wohle aller. Ungezügelter Märkte richten grossen Schaden an - für die Gesellschaften und für die Staaten. Sie gleichen ungezügelter Wildbächen in dicht besiedeltem Gebiet. **Es ist Aufgabe der Politik, Märkte in Bahnen zu lenken, sie zu zähmen, um sie für alle nutzbar zu machen und um Schäden zu verhindern.** Diese Aufgabe muss mit Augenmass und Sorgfalt gelöst werden. Eine totale Deregulierung à la FDP ist das Gegenteil von Vernunft und ökonomischer Klugheit!

Ist bei den Initianten tatsächlich der Kunde König? Nein! Wenn hier einer König ist, dann wohl die anonymen Grossinvestoren der Ladenketten. Könige kann es in der Regel nur wenige geben und ab einer gewissen Grösse ihrer Königreiche sind sie systemrelevant. Wenn solche Könige zu fallen drohen, muss der Säckelmeister des Staates in die Schatulle greifen, um den König zu stützen und Schlimmeres für alle zu verhindern. Nein danke! Das brauchen wir nach der Bankenkrise nicht auch noch im Detailhandel und in der Versorgung mit Grundgütern. Wir leben in einer Republik, wo das Volk das Sagen hat. Und dieses hat bei den letzten Abstimmungen in der ganzen Schweiz immer wieder klar gesagt, dass es keine weitere Deregulierung der Ladenöffnungszeiten will. Schaffen wir die Monarchie endlich auch in der Wirtschaft ab!

Die Initianten fabulieren von der Freiheit und der Macht der Kundschaft, um den Leuten den Honig durch den Mund zu ziehen. Die Wahlfreiheit der Kundinnen und Kunden würde unter total deregulierten Ladenöffnungszeiten allerdings leiden: Kleine Läden wehren sich klar gegen längere Öffnungszeiten, weil sich das für sie nicht lohnt und weil sie sich den zusätzlichen Aufwand gar nicht leisten können. Lukrativ ist das nur für die Grossen. Bei längeren Öffnungszeiten könnte ich nur noch wählen unter verschiedenen Filialen weniger grosser Ladenketten mit sehr ähnlichem Angebot. Das ist eher Scheinfreiheit, denn Wahlfreiheit.

Bei uneinheitlichen Öffnungszeiten weiss ich auch nie, welche Läden gerade offen haben, wenn ich meine Besorgungen erledigen muss. Statt mit einem Gang ins Dorf alles zu erledigen, muss ich dann vielleicht mehrmals hingehen. Das ist alles andere als Kundinnen- und Kundenfreundlich! Wer nicht motorisiert ist hat ebenfalls das Nachsehen, weil es in Gehdistanz zum Wohnort keine Läden mehr gibt. Das betrifft vor allem betagte Menschen. Da trägt die Politik auch eine Verantwortung.

Die Initianten versprechen uns auch mehr Stellen. Flexible Ladenöffnungszeiten bringen aber nicht mehr Umsatz und schaffen auch keine neuen Stellen. Wer seinen Hunderter am Sonntag ausgegeben hat, kann ihn nicht nochmals unter der Woche ausgeben. Die Erfahrungen zeigt es: Die längeren Öffnungszeiten werden mit dem bestehenden Personal abgedeckt.

Sicher gibt es Studentinnen und Studenten, die froh darum sind, wenn sie mit einem Sonntagsjob oder dank Nachtarbeit die mageren Stipendien aufbessern können. Doch nachts und sonntags arbeiten nicht nur Studierende und Freiwillige ohne Familienpflichten. Die Mehrheit der zu Sonntagseinsätzen aufgerufenen arbeitet auch während der Woche. Viele von ihnen unter prekären Bedingungen, die es ihnen nicht erlauben, Nacht- und Sonntagseinsätze abzulehnen. Und es würden noch mehr werden, die zur Unzeit einer Lohnarbeit nachgehen müssten. Von einer Deregulierung der Ladenöffnungszeiten ist nicht nur das Verkaufspersonal betroffen, sondern auch die Zulieferung, Logistik, Sicherheit, Reinigung, Informatik. Und je näher wir der rastlosen, dauerproduzierenden und -konsumierenden Gesellschaft kommen, desto mehr werden andere Dienstleistungen rund um die Uhr beansprucht werden: öffentlicher Verkehr, Kinderkrippen etc. Die Deregulierung der Ladenöffnungszeiten führt zur Rund-um-die-Uhr-Gesellschaft, die nie mehr Ruhe findet und die ständig nur noch dem Kommerzdruck ausgeliefert ist.

Dazu sagen wir Nein! Dieser Tendenz werden die Stimmberechtigten Einhalt gebieten. Wir setzen uns ein für das Recht und das Bedürfnis auf gemeinsame arbeits- und konsumfreie Zeit, in der Ruhe, Begegnung, Vereinstätigkeit, gemeinsame Familienzeit ihren Raum haben. Es braucht gesicherte Zeitfenster, in denen Gesellschaft stattfinden kann. Dafür wird die Mehrheit

der Stimmberechtigten sorgen. Sie haben die Nachteile zu weitgehender Deregulierungen längst erkannt.

- Für das Personal bedeuten längere Ladenöffnungszeiten prekäre Arbeitsbedingungen.
- In der Branche kommt es zum Verdrängungskampf - auf Kosten des Personals und des Gewerbes.
- Für die KonsumentInnen bringt die Deregulierung weniger Läden in der Nähe, weniger Vielfalt im Angebot und Verwirrung, was wann geöffnet ist.

Die Initiative „Der Kunde ist König“ macht den Zürcher Stimmberechtigten zudem leere Versprechungen. Die Initiative allein kann kaum etwas verändern, wenn nicht auch die Bundesgesetzgebung angepasst wird. Darauf zielt die Motion von Nationalrat Markus Hutter ab (Abschaffung der Bundesvorschrift für Ladenöffnungszeiten).

Würden nach Vorstellung der FDP die Ladenöffnungszeiten tatsächlich gänzlich dereguliert, wäre Arbeit nachts und an Sonntagen „normal“. Als nächstes müssten wir dann wohl mit einer Kampagne zur Abschaffung des ArbeitnehmerInnen-Schutzes bei Nacht- und Sonntagsarbeit rechnen. Soweit darf und wird es nicht kommen.

In Kantonen und Gemeinden der ganzen Schweiz wurde die Ausdehnung der Ladenöffnungszeiten in 22 von 32 Fällen verworfen. Lehnen auch wir diese Initiative ab und setzen wir damit ein Zeichen für geregelte Lebens- und Arbeitszeiten!